

Traditionelle Kontaktpflege im Spätsommer

Politik, Sushi, Cornedbeef und Loungejazz waren die Hauptzutaten für den diesjährigen Sommerempfang der ärztlichen Körperschaften im Haus der Ärzteschaft in Düsseldorf.

von Jürgen Brenn

Als feste Größe im nordrhein-westfälischen Gesundheitswesen hat sich der Sommerempfang im Düsseldorfer Haus der Ärzteschaft in den vergangenen Jahren etabliert. Seit 2004 laden Ärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein gemeinsam zu der informellen Veranstaltung ein. Dieses Jahr fanden rund 550 Gäste aus Politik, Gesundheitswesen und Medien den Weg an die Tersteegenstraße, um politische und weniger politische Gespräche zu führen, alte Kontakte in lockerer Atmosphäre zu pflegen und neue zu knüpfen.

Eine Person stand im Mittelpunkt des Interesses: Barbara Steffens, neue Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie freute sich darüber, diesmal bei dem Empfang nicht nur den Grußworten zu lauschen, wie sie es zuvor als Landtagsabgeordnete getan hatte, sondern selbst eine Rede zu halten. Sie nutzte die Gelegenheit, sich und ihre politischen Positionen der Ärzteschaft außerhalb einer offiziellen Sitzung im lockeren Rahmen vorstellen zu können.

Die Ministerin kleidete ihre gesundheitspolitische Agenda in drei Wünsche: „Ich wünsche mir ein Gesundheitswesen, das die Menschen und Patienten mit ihren Rechten und Bedürfnissen besser in den Blick nimmt“, sagte sie. Menschlichkeit und Selbstbestimmung seien Werte, die in den Strukturen des modernen Gesundheitssystems ins Hintertreffen zu geraten drohen. Als Beispiel nannte Steffens die Aufnahmesituation im Krankenhaus, die allein schon durch die komplizierte Bedienung des Telefons zur Verunsicherung eines alten Menschen führen könne.

Die Ministerin hält es für nötig, stärker auf die Patienten zuzugehen. „Die Abläufe müssen auf die Menschen abgestimmt



Der Sommerempfang im Haus der Ärzteschaft bot die Gelegenheit zum Gedankenaustausch zwischen Ärzteschaft und Politik. V.l.n.r.: Bernd Brautmeier, Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Barbara Steffens, NRW-Gesundheitsministerin, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer. Foto: bre

werden und nicht andersherum“, forderte sie. Die Strukturen müssten so verändert werden, dass Hinwendung zu Patienten wieder möglich werde und sich Ärzte und Patienten auf gleicher Augenhöhe treffen könnten. Diesen Prozess soll nach dem Willen der Landesregierung zukünftig ein Patientenbeauftragter oder eine Patientenbeauftragte begleiten.

Eine weitere „gemeinsame Aufgabe“, die die Landesgesundheitsministerin an diesem Abend benannte, war die Gesundheitsprävention. Sie wolle die bisherigen Landesinitiativen weiterentwickeln. Beispielsweise müssten Sprachbarrieren für Menschen mit Migrationshintergrund abgebaut werden, da diese gleichzeitig Zugangsbarrieren zu gesundheitspräventiven Informationen und Angeboten sind. Auch der Nichtraucherschutz liegt der Ministerin am Herzen. Die Landesregierung werde den Wildwuchs der Ausnahmen in Nordrhein-Westfalen abbauen und für klare Regeln sorgen, so Steffens.

Als zweiter Punkt auf der Wunschliste stand die bessere Kooperation und Abstimmung zwischen Politik und Akteuren im Gesundheitswesen. „Ich wünsche mir mehr Miteinander als Gegeneinander“, so Steffens. Eine bessere Zusammenarbeit beim Thema Gesundheit strebt sie auch im Bund-Länder-Verhältnis an. Die Länder,

so kündigte die Ministerin an, werden mehr Mitspracherechte bei der Gesundheitspolitik einfordern, denn: „Wir haben die Verantwortung, und gesteuert wird woanders.“

Auch bei der Krankenhausplanung sei eine bessere Verzahnung der verschiedenen beteiligten Ebenen nötig. Zwar wolle die jetzige Regierung die Detailtiefe der Planung zugunsten einer Rahmenplanung zurückfahren, allerdings nicht die Steuerungs- und Daseinsvorsorge aus der Hand geben. Die Landesregierung wolle dazu beitragen, dass in der Krankenhausplanung medizinische Schwerpunkte und Wohnortnähe austariert sind. Mit Blick auf die Teilöffnung der Kliniken für ambulante Leistungen nach § 116b SGB V sagte Steffens, dass der Fehler vermieden werden müsse, „den stationären und ambulanten Sektor gegeneinander auszuspielen“. Sie könne verstehen, dass die Möglichkeiten des § 116b SGB V bei manchen niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten Existenzängste auslösen.

„Ich wünsche mir ein Gesundheitswesen, das leistungsfähig und gleichzeitig finanzierbar ist“, formulierte die Ministerin ihre dritte Hoffnung und geißelte gleichzeitig die Pläne zur Gesundheitsreform ihres Berliner Amtskollegen Dr. Philipp Rösler als „Beginn der Entsolidarisierung“. Die schrittweise Abkoppelung der Krankenversicherungsbeiträge vom Arbeitslohn sei der Ausstieg aus dem solidarischen System.

Ausdrücklich lobte Ministerin Steffens die Entscheidung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, die Kassenärztliche Bundesvereinigung und den Spitzenverband Bund der Krankenkassen wegen der Honorarverteilung zu verklagen. „Ich habe voller Freude vernommen, dass Sie Klage eingereicht haben“, so Steffens. Bernd Brautmeier, Vorstand der KV Nordrhein, bezeichnete die jüngste Honorarreform als „Unrecht“, von dem alle Mitstreiter im NRW-Gesundheitswesen betroffen seien. Schließlich habe der Gesundheitsfonds die Kassenbeiträge bundesweit nivelliert, aber die Honorierung der Ärzte schwanke von Bundesland zu Bundesland.

„Wir müssen uns gemeinsam zur Wehr setzen“, so der Vorstand der KV Nordrhein. Barbara Steffens sagte ihm ihre Unterstützung zu und forderte Honorargerechtigkeit. Gleichzeitig warnte die Ministerin, der gemeinsame Protest dürfe nicht zu Lasten der Patientinnen und Patienten gehen.